

Bachnager 2 21.01.10

AEG Electric Tools schließt Fertigung

IG Metall spricht von Kahlschlag – Forschung und Fertigung werden zum Großteil verlagert

WINNENDEN (pm). Die Produktion und die produktionsnahen Bereiche der AEG Electric Tools sollen geschlossen, Forschung und Entwicklung zum größten Teil verlagert werden. Das teilte jetzt die IG Metall mit. Der Standort soll aber, so zitiert die Gewerkschaft Alexander Duarte, Europachef des TTI-Konzerns und Geschäftsführer in Winnenden, erhalten werden. Zuvor hatten die 450 Beschäftigten und der Betriebsrat wochenlang nachgefragt und gegen den „Kahlschlag“ (so die IG Metall) protestiert.

Der erste Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen, Dieter Knauß, erklärt, faktisch werde es bei der AEG in Winnenden keine Herstellung von Elektro-

werkzeugen mehr geben: „Übrig bleibt das AEG-Logo, vermutlich um weiterhin mit AEG und Made in Germany werben zu können.“ Für den Betriebsratsvorsitzenden Georgios Masmanidis ist die Mitteilung des Arbeitgebers in der Betriebsversammlung der Schlussstrich unter eine längeren Entwicklung. Dem Betriebsrat und der Belegschaft hat man zwar angeboten, Vorschläge einzubringen, gleichzeitig wird aber erklärt, dass nur die Schließung der Produktion zur wirtschaftlichen Stabilisierung führe. Masmanidis: „Der Betriebsrat hat in unzähligen Besprechungen mit dem Arbeitgeber und in Betriebsversammlungen immer wieder Konzepte für den Standort

Winnenden eingefordert. Das Konzept des Arbeitgebers, zum Beispiel ein Kompetenzzentrum für Bohrhämmer, wurde aber nicht umgesetzt, und eine Zukunftsperspektive wurde nicht erarbeitet.“

Die AEG-Beschäftigten haben auf die Mitteilung des Arbeitgebers betroffen reagiert. Mehrere Beschäftigte zeigten sich enttäuscht, dass das bisherige Engagement der Beschäftigten für den Standort mit der jetzigen Entscheidung von TTI nicht honoriert wird. Duarte hatte erklärt, dass die Belegschaft nicht an der jetzigen Situation schuld sei. Das dargestellte Konzept sei aber alternativlos. Mit dem Betriebsrat werde jetzt über Interessenausgleich und Sozialplan verhandelt.